



Quoten sollen laut dem Initianten die Chancengleichheit in der Volksschule sicherstellen.

# FDP fordert Ausländerquote an Schulen

**Vorstoss im Nationalrat: Anteil fremdsprachiger Kinder soll in jeder Klasse beschränkt werden**

Die Freisinnigen wollen bei Ausländerkindern die Schraube anziehen: Ein FDP-Vorstoss verlangt Quoten. Und die SVP fordert obligatorische Deutschkurse.

VON NADJA PASTEGA

Der Genfer FDP-Nationalrat Hugues Hiltpold hat im Parlament einen brisanten Vorschlag eingereicht: Er verlangt schweizweite Ausländerquoten in den Schulen.

Die Zahl fremdsprachiger Kinder soll in allen Klassen beschränkt werden. Der Vorstoss birgt Zündstoff:

> Jeder Kanton soll jährlich die Zahl der Schüler erfassen, die die kantonale Amtssprache (Deutsch, Französisch, Ita-

lienisch) nicht oder zu wenig beherrschen, um dem Schulunterricht folgen zu können. > Pro Klasse wird eine Höchstzahl an fremdsprachigen Schülern festgelegt.

> Dazu berechnen die Kantone für jede Schulstufe, wie viele Ausländerkinder im Schnitt auf eine Klasse kommen. Dieser Durchschnittswert darf in keiner Klasse um mehr als zwei Schüler überschritten werden.

Beispiel: Im Kanton Genf kommen auf eine Schulklasse durchschnittlich 6 bis 7 Kinder, die kein Französisch beherrschen – mit der neuen Quote dürften nicht mehr als 8 bis 9 fremdsprachige Schüler in einer Klasse sitzen.

**DAMIT DIE KANTONE** ihre Quote einhalten können, sollen die Schüler innerhalb eines Bezirks gleichmässig verteilt werden, erklärt Hiltpold auf Anfrage: «Wenn das nicht möglich ist, muss man zusätzliche Klassen schaffen.»

Der FDP-Politiker hat im Genfer Kantonsparlament bereits einen ähnlichen Vorschlag deponiert. Jetzt will er das Quoten-System national durchsetzen. Mitte Juni reichte Hiltpold in Bundesbern eine Interpellation ein. Titel: «Begrenzung der Zahl der Schüler, die keine Landessprache beherrschen».

Hiltpold will die Chancengleichheit in der Volksschule sicherstellen. Die Integration der Ausländer dürfe

nicht auf Kosten der übrigen Schüler erfolgen. «Es nützt nichts, den politisch Korrekten zu spielen», sagt er: «Man weiss, dass der Unterricht in einer Klasse mit vielen fremdsprachigen Schülern schwieriger ist als in einer Klasse ohne Beschränkung.»

**AUCH DIE SVP GEHT** in die Offensive. In St. Gallen lanciert Nationalrat Lukas Reimann die kantonale Volksinitiative «Deutsch fordern = Qualität sichern». Dies, nachdem ein erstes Volksbegehren Anfang Jahr als ungültig erklärt worden war (siehe Kasten). Die Initiative verlangt «obligatorische Deutschkurse für Ausländerkinder». In den Regelunterricht dürfe nur, wer gute Deutschkenntnisse



nachweisen könne.

Wer diese Bedingung nicht erfüllt, soll in «Sonderklassen» unterrichtet werden. Reimann: «Schlecht integrier-

te und schlecht Deutsch sprechende Jugendliche dürfen nicht mehr in normale Regelklassen zugelassen werden und dort den Unterricht erschweren.»

### Verstoss gegen Religionsfreiheit: Die SVP unterliegt vor Gericht

Die Junge SVP St. Gallen hatte bereits Anfang Jahr eine Volksinitiative geplant. Neben guten Deutschkenntnissen bei der Einschulung verlangte sie «gleiche Rechte und Pflichten für alle Schüler, unabhängig von Religion und Geschlecht». Im Visier

hatte die SVP etwa **muslimische Schüler**, die sich während der Fastenzeit vom Turnunterricht oder Schulreisen dispensieren liessen und den Schwimmunterricht nicht besuchten. Der St. Galler Regierungsrat lehnte den Initiativtext als nicht verfas-

sungskonform ab. Dagegen rekurrierte die SVP beim Verwaltungsgericht. Dieses schmetterte den Rekurs am 22. Mai ab.

Die Initiative sei **mit der Religionsfreiheit und dem Gleichbehandlungsgebot nicht vereinbar**. Die SVP will den Ent-

scheid nicht ans Bundesgericht weiterziehen, wie Lukas Reimann sagt: «Wir haben uns entschieden, stattdessen eine **neue Initiative** zu starten.» (Siehe Hauptartikel) (PAS)